

Otto Ineichen

«Fiala hat sich bei mir entschuldigt»

Die FDP politisiere oft an der Parteibasis vorbei, sagt Nationalrat Otto Ineichen. Die Parteileitung lässt diesen Vorwurf nicht gelten.

VON UELI KNEUBÜHLER

Das hat sich Otto Ineichen wohl nicht träumen lassen. Seine Parteikollegin Doris Fiala forderte an der Fraktionssitzung der FDP den Ausschluss des Luzerner Nationalrates sowie seiner Ratskollegen Philipp Müller (AG) und Werner Messmer (TG), berichtete die Zeitung «Sonntag». Ineichen will die Äusserungen nicht überbewerten. «In der Hitze des Gefechts sagt man viel, was man nachher bereut», sagt er. Das sei ihm als emotionalem Politiker auch schon so ergangen. Doris Fiala habe sich in der Zwischenzeit bei ihm entschuldigt, sagte Ineichen

«Es muss uns gelingen, komplexe Themen zu vereinfachen.»

OTTO INEICHEN,
FDP-NATIONALRAT

gestern auf Anfrage. «Ich verzeihe ihr.» Fiala sieht die drei als «Abweichter», weil sie in der Frage der Finanzmarktstrategie für eine Weissgeld-Strategie werben.

Rüge von der Parteileitung

Auch in der Parteileitung stört man sich am Sonderzüglein von Ineichen und Co. «Sie sollten sich besser an die Beschlüsse der Partei halten», sagt der Schwyzer FDP-Vizepräsident Vincenzo



Otto Ineichen denkt nicht daran, aus der FDP auszutreten.

EXPRESS

Pedrazzini, der selbst Zeuge der Auseinandersetzung war. «Es sind immer die gleichen zwei bis drei Leute, die sich auf Kosten der anderen beliebt machen und sich nicht an die Beschlüsse der Delegierten halten.» Der FDP-Präsident des Kantons Schwyz ist verärgert. «98 Prozent der Partei treten geschlossen auf. Die anderen 2 Prozent sollten sich überlegen, ob sie bei der FDP noch am richtigen Ort sind.»

«Für mich ist der saubere Finanzplatz entscheidend, der der Schweiz international wieder den Ruf zurückbringt, den sie nötig hat», begründet Ineichen seine parteiabweichende Meinung. Während die Parteispitze die Idee einer Abgeltungssteuer nach wie vor unterstützt, erwähnte sie FDP-Bundesrat Hans-Rudolf Merz bei der Präsentation der Finanzmarktstrategie von voriger Woche mit keinem Wort – ganz im Sinne des Trios Ineichen, Müller, Messmer.

Nicht nur einseitig politisieren

Ineichen respektiert zwar den Beschluss der FDP-Delegierten zur Finanzmarktstrategie. Der Luzerner Nationalrat ist aber der Ansicht, dass bei einem solch dynamischen Thema eine flexible Betrachtung notwendig wäre. Auch mit Blick auf die Parteibasis. «Es muss uns gelingen, komplexe Themen zu vereinfachen, damit sie unsere Wähler verstehen.» Laut Ineichen ist das der wunde Punkt der Wirtschaftspartei. «Wir politisieren oft an der Parteibasis vorbei.»

Der freisinnige Politiker denkt an die Nationalratswahlen 2011, wo auch er zur Wiederwahl antreten wird. «Ich hoffe, das rächt sich dann nicht.» Pedrazzini nerven solche Aussagen. «Ich frage mich, von welcher Basis Ineichen

EXPRESS

- ▶ Otto Ineichen will die parteiinternen Spannungen nicht überbewerten.
- ▶ Er stehe zu 100 Prozent hinter FDP-Präsident Fulvio Pelli, sagt der Luzerner.

FDP-PRÄSIDENT

Pelli wettetert gegen die «Sesselkleber»

FDP-Präsident Fulvio Pelli hat sich am Samstag an der Generalversammlung der Jungfreisinnigen Schweiz in Luzern für «mehr Junge und weniger Sesselkleber» ausgesprochen. Der 59-Jährige betonte, auch die Leitung der Partei sei jünger als früher. Er selbst könne sich «halt nicht mehr jünger machen». Brenda Mäder aus Weinfelden wurde zur neuen Präsidentin der Jungfreisinnigen gewählt. *sda*

spricht.» So suche er das Gespräch mit den Delegierten kaum. «Er soll sich in den entsprechenden Gremien äussern, statt mit realitätsfremden Vorschläge vorzupreschen», sagt er. Ineichen selbst hält trotzdem grosse Stücke auf seine Partei. «Es ist doch ein gutes Zeichen für eine Partei, wenn auch ein Querdenker wie ich Platz findet», sagt er und windet Parteipräsident Fulvio Pelli ein Kränzchen. «Ich stehe zu 100 Prozent hinter ihm.»

Abstimmung vom 7. März

Sind Tierschutzanwälte nötig oder ein Leerlauf?

Futter für Anwälte, Juristen und Gerichte

Die Tierschutzanwalt-Initiative, über die wir am 7. März abstimmen, ist, wie es schon der Name sagt, nicht eine Initiative zum Schutze der Tiere, sondern geschaffen für Anwälte, Juristen und Gerichte. Würde nämlich diese Initiative angenommen, ginge es keinem Tier besser oder schlechter. Nein, diese Initiative regelt lediglich einen schon geschehenen Tatbestand.

Die Schweiz hat, das darf man sagen, das strengste Tierschutzgesetz der Welt. Es schützt unsere Tiere wirksam vor Missetaten. Auch die Anwendung und Kontrolle dieses Gesetzes funktioniert ausgezeichnet. Jeder Landwirt wird in regelmässigen Abständen vom Veterinäramt kontrolliert.

In Schweizer Ställen sind die technischen Belange des Tierschutzgesetzes im Wesentlichen eingeführt. Wie ein Tierhalter, ob privat oder beruflich, mit seinen Tieren umgeht, kann mit Kursen, Aufklärung und Beratung beeinflusst werden, niemals aber mit einem Anwalt für Tiere.

Tauchen Verfehlungen auf, hilft der kantonstierärztliche Dienst, die Fehler aufzudecken und Verbesserungen

herbeizuführen. Diese Ämter sind auch befugt, Strafen und Verzeigungen anzuordnen, die bis hin zu einem Tierhalteverbot oder zu hohen

KONTRA

Marcel Scherrer,
SVP-Nationalrat,
Hünenberg



Bussen führen. Übrigens geschehen sehr viel mehr Übertretungen bei privaten Tierhaltern als in der Nutztierhaltung. Neu soll nun der Bund den Kantonen Tierschutzanwälte aufzwingen. Jeder Kanton soll verpflichtet werden, seine Verwaltung um weitere Büros, Administrationen und Personal aufzublähen.

Bundesrat und Parlament empfehlen Ihnen, gerade auch aus administrativen Überlegungen, diese Initiative abzulehnen. Stimmen Sie Nein zu dieser unnötigen, kostentreibenden Initiative die nicht dem Wohl der Tiere, sondern der Legitimation von Tierschutzanwälten und Gerichten dienen würde. Für Respekt und korrektes Verhalten gegenüber Tieren braucht es keine Tierschutzanwälte.

red. Am nächsten Sonntag entscheidet das Schweizer Stimmvolk darüber, ob künftig jeder Kanton einen Tierschutzanwalt beschäftigen muss. Die Volksinitiative «Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere» ist

**ABSTIMMUNG
7. März 2010**

umstritten. Die Befürworter argumentieren, es brauche in jedem Kanton zwingend einen Tierschutzanwalt, um eine Lücke in der heutigen Strafprozessordnung zu schliessen. Ein Ja zum Volksbegehren bedeute, dass in kantonalen Strafprozessen die Interessen der Tiere besser vertreten würden als heute und Tierquälerei mit härteren Strafen rechnen müssten. Dies könnte eine abschreckende Wirkung entfalten und den Schutz der Tiere verbessern.

Die Gegner erachten die Vorlage als unnötig und ordnungspolitisch falsch. Die Initiative greife in die Kompetenz der Kantone ein und zwingt diese zu einer einheitlichen, unangepassten Lösung. In städtischen und in ländlichen Kantonen seien die Verhältnisse nicht gleich. Das Begehren sei zudem letztlich nutzlos, kämen doch die Tierschutzanwälte erst zum Einsatz, wenn Tiere bereits misshandelt worden seien.

Der Bundesrat und das Parlament lehnen die Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Sie stellen sich auf den Standpunkt, es reiche aus, das geltende Tierschutzgesetz konsequent anzuwenden.

Keine Schikane, sondern konsequente Massnahme

Die Schweiz verfügt über ein im internationalen Vergleich hohes Tierschutzniveau, weil die Bevölkerung Tiere als schützenswerte Lebewesen anerkennt. Landesweit besteht Einigkeit, dass Tierquälerei hart zu bestrafen sind. Und so sieht das Tierschutzgesetz für Tierquälerei empfindliche Strafen vor.

Dennoch ist es gängige Praxis, dass der im Gesetz vorgesehene Strafrahmen selbst bei schlimmsten Tierquälereien nicht annähernd ausgeschöpft wird. Straftaten an Tieren werden von vielen Strafrechtsbehörden noch immer als Bagatellen betrachtet, oder es fehlt schlicht an entsprechender Fachkenntnis. Die kantonalen Vollzugsunterschiede sind immens.

Freisprüche und viel zu milde Urteile können derzeit von keinem Tierschutzvertreter angefochten werden. Diese Lücke soll der Tierschutzanwalt füllen. Dass Tierschutzanwälte keine spionierenden Hausfriedensbrecher sind, wie die Gegenseite oft weiszumachen sucht, zeigt das seit 1992 bestehende Amt im Kanton Zürich, das von Bevölkerung und Behörden als sinnvolle Institution geschätzt wird. Tierschutzanwälte ergänzen Aufklärungsarbeit und verwaltungsrechtliche

Sofortmassnahmen um den konsequenten Strafvollzug, dem eine wichtige präventive Funktion zukommt.

PRO

Vanessa Gerritsen,
Vorstandsmitglied
Tierschutzbund
Innerschweiz



Nicht schikanieren, sondern das Gesetz anwenden wollen die Tierschutzanwälte. Sie tragen nicht zur Staatsaufblähung bei, sondern aufgrund ihres Fachwissens zu effizienteren Verfahren, sie verursachen keine horrenden Kosten, sondern stellen eine günstige und funktionierende Möglichkeit für einen besseren Strafvollzug dar.

Im Abstimmungskampf werden Fakten verdreht und Halbwahrheiten aufgetischt. So kursiert beispielsweise das Märchen von der Haftpflichtversicherung, die sich Tierhalter bei Einführung von Tierschutzanwälten zulegen müssten. Wenn wir ehrlich sind, gibt es keine guten Gründe gegen die Einführung von Tierschutzanwälten.

ANZEIGE

JA

Rettet die Renten!

«Es kann nicht angehen, dass die Pensionskassen geplündert werden, so dass zum Schluss keine Renten mehr möglich sind.»

Am 7. März
zum fairen BVG-Umwandlungssatz

Die Partei des Mittelstandes

Christoph Blocher

alt Bundesrat

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern / PC 30-8828-5
www.svp.ch